

LANDESARBEITSKREIS CHRISTLICH DEMOKRATISCHER JURISTEN
Baden-Württemberg

PRESSEMITTEILUNG

2. Dezember 2013

Grün-Rot nur mit halbem Herzen für Justitia

CDU-Juristen finden Halbzeitbilanz der Justizpolitik defizitär – Für Justiz mehr Priorität!

Die grün-rote Landesregierung hat nach zweieinhalb Jahren gezeigt, dass ihr die Justiz nachrangig ist. „Halbherzige Lösungen bringen uns nicht weiter“, so der Landesvorsitzende der christlich demokratischen Juristen (LACDJ) in Baden-Württemberg Alexander Ganter. Dabei gibt es viele Baustellen, die man engagiert und ohne großen Mitteleinsatz voranbringen könnte.

Die mit dem Argument der Bürgernähe abgegebene Bestandsgarantie für die kleinen Gerichte wurde bei den betroffenen Gerichten und Kommunen mit Erleichterung aufgenommen. Die geplante Anbindung der Nachlassgerichte an die Familiengerichte lässt jedoch die Bürgernähe vermissen. Unsere Gesellschaft wird immer älter, zahlreiche Ehen bleiben kinderlos. Im ländlichen Raum, wo der ÖPNV nur gering ausgebaut ist, müssen dann weite Wege zum Nachlassgericht zurückgelegt werden. Hier muss nach Ansicht des LACDJ nachgebessert werden.

„Für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Justiz ist nicht nachvollziehbar“, so Alexander Ganter, „dass Grün-Rot für Mindestlohn und faire Löhne wirbt, aber

gleichzeitig die Beihilfe gekürzt und die Anpassung der Besoldung verschoben wird.“ Dies sei gerade vor dem Hintergrund von sprudelnden Einnahmen nicht vermittelbar.

Dass der Justizminister sich für die Sicherheit der Gerichte einsetzt, ist anerkennenswert. Die bisher ergriffenen Maßnahmen reichen aber nicht aus, um die Sicherheit der Justizgebäude flächendeckend sicher zu stellen. Der LACDJ hält dies aber für zwingend nötig, um den Justizbediensteten und den Bürgerinnen und Bürgern eine sichere Verhandlung zu bieten und damit die Unabhängigkeit der Richter weiter zu gewährleisten.

In einer Handlungsanleitung an die 17 Staatsanwaltschaften im Land hat der Justizminister erst jüngst an das "Ordnungswidrigkeitengesetz" erinnert und die Ermittlungsbehörden aufgefordert, Bußgelder gegen Unternehmen zu verhängen. Dies hat nicht nur zu einem Aufschrei in der Wirtschaft geführt, die sich zu Unrecht kriminalisiert fühlt. Auch Staatsanwälte, die ihre Arbeit bislang ordentlich erledigt haben, müssen sich fragen, womit sie diese Rüge verdient haben.

Insgesamt werde zwar ein anerkennenswertes Bemühen des Justizministers um eine sachgerechte Politik erkennbar. Deutlich werde aber auch, so Ganter, dass das Justizressort im Gesamtgebilde der Landesregierung nicht genügend Beachtung findet.

Der LACDJ unterstützt und berät die baden-württembergische CDU bei rechts- und justizpolitischen Themen und trägt so zur Meinungsbildung bei. Im LACDJ findet sich das breite Spektrum der juristischen Berufsgruppen im Land wieder.